

1  
2  
3

# Grundsatzprogramm der BÜRGER IN BEWEGUNG

## Inhalt

4	1	Werte.....	2
5	2	Recht und Freiheit .....	2
6	3	Bildung und Kultur .....	2
7	4	Bürger und Innenpolitik.....	3
8	5	Gesundheit und Vorsorge .....	3
9	6	Arbeit und Soziales .....	4
10	7	Umwelt- und Naturschutz.....	4
11	8	Land- und Tierwirtschaft.....	5
12	9	Wirtschaft und Finanzen.....	5
13	10	Soziale und technische Infrastruktur .....	6
14	11	Forschung und Entwicklung .....	6
15	12	Einwanderung und Integration .....	7
16	13	Außen- und Sicherheitspolitik.....	7
17			
18			
19			

20 Die schleswig-holsteinische Landespartei BÜRGER IN BEWEGUNG ist basisdemokratisch  
21 und gewaltfrei. Sie ist eine Landespartei im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik  
22 Deutschland. Sie vereint alle Menschen, die bei der Erhaltung und Weiterentwicklung  
23 eines demokratischen Rechtsstaates und einer modernen, gerechten, freien und sozialen  
24 Gesellschaftsordnung mitwirken wollen.

25 Innerhalb dieses Grundsatzprogramms wird die männliche Form als geschlechtsneutral  
26 verwendet.

## 27 **1 Werte**

28 Eine Gemeinschaft ist dann solidarisch, wenn sich deren Mitglieder füreinander einsetzen,  
29 aufeinander Rücksicht nehmen und die Schwachen selbstlos unterstützen.

30 Wir stehen für Achtsamkeit im Umgang miteinander und fördern die Individualität des  
31 Einzelnen in unserer Solidargemeinschaft.

32 Wir stehen zur freien Meinungsäußerung und setzen uns für die individuelle Freiheit im  
33 Geiste und im Leben ein.

## 34 **2 Recht und Freiheit**

35 Richter und Staatsanwälte repräsentieren die Judikative im Dreiklang der Gewaltenteilung  
36 in einer Demokratie. Allerdings sind diese in Deutschland allein durch die Mechanismen der  
37 Benennung und Berufung immer seltener frei von politischer Überzeugung und  
38 Einflussnahme. Wir setzen uns für eine Reform des Rechtssystems in Deutschland und der  
39 damit verbundenen Trennung von den jeweiligen politischen Entscheidungsträgern ein.

40 Wir stehen dafür, dass die Frage des Rechts keine Frage der eigenen finanziellen  
41 Möglichkeiten sein darf. Das Prinzip der vorhandenen Prozesskostenhilfe auf Basis der  
42 geltenden Zivilprozessordnung muss modernisiert und neue Regeln müssen gefunden  
43 werden, die jedem Bürger den Weg zu seinem Recht und zu angemessenen Rechtskosten  
44 ermöglichen.

## 45 **3 Bildung und Kultur**

46 Gute Bildung wird in unserem Land zunehmend eine Frage der sozialen Herkunft. Ursache  
47 ist unter anderem, dass das staatliche Bildungssystem schon lange Spielball politischer  
48 Überzeugungen und wirtschaftlicher Zwänge ist. Wir sprechen uns für eine zielgerichtete  
49 Förderung qualitativ hochwertiger vorschulischer, schulischer sowie weiterführender  
50 Bildung aus. Handwerkliche, körperliche, kreative und gesellschaftliche Bildung werden mit  
51 uns einen neuen, höheren Stellenwert erhalten und systemische Zusammenhänge werden  
52 gelehrt.

53 Eine wahrhaft demokratische Lebensweise setzt eine gute politische Bildung voraus.  
54 Politische Bildung soll dazu dienen, dass politische Prozesse sowohl verstanden als auch

55 beurteilt werden können. Sie muss Teil des schulischen und weiterführenden  
56 Bildungsangebots werden.

57 Freie Medien sind wesentlicher Baustein einer demokratischen Gesellschaft. Unter dem  
58 intransparenten Einfluss von politisch protegierten und abhängigen Rundfunkräten hat der  
59 öffentlich-rechtliche Rundfunk seine politische Neutralität verloren. Er erfüllt den im  
60 Rundfunkstaatsvertrag fixierten Informations- und Bildungsauftrag schon längst nicht mehr  
61 und nutzt stattdessen seine garantierte Marktmacht für staatliche Propaganda.

62 Wir setzen uns daher für den freien, fairen Wettbewerb und damit die Gleichbehandlung  
63 aller Medien und Medienbetreiber ein. Der Staat behält lediglich eine  
64 Wettbewerbssicherungsfunktion.

65 Die individuelle Entwicklung freier, kritischer Bürger wird in hohem Maße von musischer  
66 und kultureller Bildung beeinflusst. Daher stehen wir für einen starken und bei Bedarf auch  
67 kommunal unterstützten Kulturbetrieb.

#### 68 **4 Bürger und Innenpolitik**

69 Aus unserer Sicht machen Politiker der aktuell bestimmenden Parteien längst nicht mehr  
70 Politik für ihre Wähler, sondern vorrangig für ihre Parteien und ihre eigene Wiederwahl.  
71 Dies führt zu zunehmender Entfremdung von den Bürgern und zeigt sich in deren sinkender  
72 Wahlbeteiligung, vor allem im kommunalen Bereich, da sich die Bürger in den politischen  
73 Entscheidungen nicht mehr wiederfinden.

74 Wir wollen die konsequente Machtbeschränkung für Politiker aller Parteien und die  
75 Beendigung der verdeckten politischen Einflussnahme von Lobbyisten jeglicher Art  
76 durchsetzen. Mit uns wird es eine demokratische Grundordnung ohne „Berufspolitiker“  
77 geben. Wir setzen uns dafür ein, dass Politiker für ihr Handeln persönlich haftbar gemacht  
78 werden können. Der persönliche Rücktritt wird in solchen Fällen auch während einer  
79 laufenden Legislaturperiode von Rechts wegen möglich und nötig.

80 Politik ist eine lebensbestimmende Komponente für jeden Bürger. Daher ist seine aktive  
81 Mitwirkung über die bekannten Wahlperioden hinaus gefragt und wird von uns unbedingt  
82 gefördert.

#### 83 **5 Gesundheit und Vorsorge**

84 Gesundheit ist eine Staatsaufgabe. Diese bezieht sich aber nach unserer Überzeugung auf  
85 die Schaffung und den Erhalt funktionierender Infrastrukturen und nicht auf das Abnehmen  
86 von persönlichen Entscheidungen. Wir stehen für die Eigenverantwortung und  
87 Selbstbestimmung der Bürger, auch und gerade in gesundheitlichen Fragen.

88 Folglich setzen wir uns gegen jede Art von verpflichtender medizinischer Behandlung  
89 mündiger Bürger zur Wehr und lehnen jede Form einer Impfpflicht mit Verweis auf die  
90 körperliche Selbstbestimmung strikt ab.

91 Wir stehen stattdessen dafür ein, dass der Staat die Eigenverantwortung fördert und die  
92 Rahmenbedingungen für gesunde Ernährung, Bewegung und Stärkung des menschlichen  
93 Immunsystems auf allen erdenklichen Wegen schafft.

94 Heilung ist die individuelle Herausforderung eines jeden Kranken. Daher gibt es für keine  
95 mögliche wirksame Therapie einen Vorzug und für keine von vornherein einen Ausschluss.

96 Gentechnische Veränderungen am Menschen sind ein unkalkulierbarer und  
97 schwerwiegender Eingriff in den Organismus. Schon jetzt können negative Einflüsse auf die  
98 menschliche Genetik kaum mehr abgeschätzt werden. Daher muss die Genforschung dem  
99 Zweck dienen, diese Einflüsse auf die Bürger zu untersuchen und die Bürger ohne direkten  
100 Eingriff in das Genmaterial vor Erkrankungen zu schützen.

## 101 **6 Arbeit und Soziales\***

102 Der Arbeit kommt in einer Gesellschaft nach unserer Überzeugung nicht nur die Aufgabe  
103 zu, dem Bruttoinlandsprodukt zu dienen und jedem Bürger ein angemessenes Einkommen  
104 zu ermöglichen. Vielmehr trägt sie auch dazu bei, eine gewisse Wertschätzung in der  
105 Gemeinschaft zu erlangen. Unter diesem Gesichtspunkt ist Arbeit ein Grundrecht der  
106 Bürger, für das wir uns einsetzen.

107 Unter dem Eindruck der vorherrschenden Globalisierung ist jedoch Vollbeschäftigung im  
108 klassischen Sinne und unter den gegebenen Umständen nicht mehr möglich. Daher  
109 fokussieren wir uns auf den gesamtgesellschaftlichen Nutzen und fordern darüber hinaus,  
110 dass auch die Leistung an der Gesellschaft als Arbeit anerkannt wird. Für uns ist jede Arbeit  
111 Dienst an der Gesellschaft und muss entsprechend entlohnt werden.

112 Wir setzen uns ein für eine grundlegende Veränderung der steuerlichen und der  
113 Sozialgesetzgebung. Diese muss weg von Besteuerung und Sozialkostenumlage von Arbeit  
114 hin zu einer an Grundbedürfnissen orientierten Besteuerung von Konsum. Nur so kann  
115 nach unserer Überzeugung eine ressourcenschonende und über alle Arten von Einkommen  
116 fair aufgebaute Staatsfinanzierung erreicht werden.

117 Wir unterstützen Initiativen zur fairen Bezahlung von Arbeitnehmern und die Sicherung der  
118 sozialen Systeme in unserem Land.

## 119 **7 Umwelt- und Naturschutz**

120 Der Mensch hat große Anteile an Ausbeutung und Zerstörung der Natur. Umwelt- und  
121 Naturschutz bedeutet Sicherung unserer Lebensgrundlage. Er muss Grundlage für weiteren  
122 technischen Fortschritt sein. Wir setzen in allen Bereichen auf eine in Abstimmung mit der  
123 Umwelt und dem menschlichen Leben gebrachte Förderung und Verwendung natürlicher  
124 Ressourcen. Dieses gilt auch für Rohstoffe, die nicht im eigenen Land gefördert werden.

## 125 **8 Land- und Tierwirtschaft**

126 Das ungebremste und durch Fehlsubventionierung wie auch ungerechte Verteilung des  
127 Landeigentums vorangetriebene Wachstum von nationalen und internationalen  
128 Agrarkonzernen begünstigt exzessive Landwirtschaft und industrielle Tierhaltung. Daher  
129 werden wir grundsätzlich dem regionalen Umgang mit Flora und Fauna den Vorrang  
130 einräumen, aktive nachhaltige Feldwirtschaft und Kleingruppentierhaltung fördern sowie  
131 den überregionalen Schlachttourismus unterbinden.

132 Wir unterstützen den fairen Handel mit landwirtschaftlichen Produkten und verhindern  
133 dabei, dass dies weiter zu Lasten auch der ärmeren Länder geht.

134 Solange negative Einflüsse auf die Gesundheit von Menschen und Tieren nicht  
135 ausgeschlossen werden können, wird die Markteinführung von genverändertem Saatgut  
136 von uns nicht unterstützt.

## 137 **9 Wirtschaft und Finanzen**

138 Die Wirtschaft in einem gesunden marktwirtschaftlichen Umfeld ist Grundlage für eine  
139 stabile Gesellschaft. Dazu ist es jedoch vonnöten, dass die Globalisierung zum Nutzen aller  
140 Menschen weltweit in geordnete Bahnen geführt wird und die Länder wieder den  
141 ordnungspolitischen Rahmen setzen.

142 Wir treten daher ein für die Förderung einer lokalen und regionalen Wirtschaft im Land,  
143 den Schutz von kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Beschränkung des Einflusses  
144 von weltweit agierenden Konzernen.

145 Nach unserer Überzeugung bedarf es dafür einer grundlegenden und bestenfalls zwischen  
146 den verschiedenen Ländern abgestimmten Veränderung der nationalen Steuerpolitik,  
147 damit sich global agierende Unternehmen nicht weiter ihrer gesellschaftspolitischen und  
148 steuergerechten Verantwortung entziehen können. Darüber hinaus bedarf es der  
149 Umstellung einer direkten betrieblichen Investitionsförderung auf Regionalität und  
150 Infrastruktur, die allen Marktteilnehmern gleichermaßen zugutekommen wird.

151 Das globale Finanzsystem dient zunehmend nur wenigen elitären und moralisch  
152 fragwürdigen Wirtschaftsmächten, welche für viel Ungerechtigkeit in der Welt die  
153 Verantwortung tragen und immer offener direkten Einfluss auf die handelnden Politiker  
154 ausüben.

155 Wir wollen diesen vorherrschenden Casino-Kapitalismus wieder begrenzen und uns auf  
156 Bundesebene für ein transparentes Geld- und Finanzsystem einsetzen. Bargeld soll wieder  
157 legitimes und wertmäßig abgesichertes Tauschmittel sein. Spekulationen mit diesem  
158 werden deutlich beschränkt und daraus erzielte Gewinne steuerlich abgeschöpft. Die Rolle  
159 der Bundeszentralbank wird dahingehend gestärkt.

## 160 **10 Soziale und technische Infrastruktur**

161 Gute öffentliche Infrastruktur ist Grundlage einer funktionierenden entwickelten  
162 Gesellschaft.

163 Zur Förderung der Regionen und zur Sicherstellung annähernd gleicher Lebensverhältnisse  
164 im Land setzen wir uns für den annähernd gleich guten Ausbau der sozialen wie auch der  
165 technischen Infrastruktur in allen Regionen ein.

166 Viele ländliche Regionen leiden unter Abwanderung in die Städte. Dies ist den langjährigen  
167 Konzentrationsprozessen der Wirtschaft mit der damit verbundenen Fixierung auf  
168 Ballungsräume zuzuschreiben.

169 Wir werden daher für eine grundlegende Veränderung der Finanzausstattung der  
170 Kommunen eintreten und die praktizierte Schlüsselzuweisung nicht mehr nur an der Anzahl  
171 der Einwohner festmachen. Vielmehr wird die vorhandene bzw. die benötigte soziale  
172 Infrastruktur eine bedeutsame Rolle spielen. Freie Träger von Begegnungsräumen, Schulen,  
173 Kindertages- oder Sportstätten und anderen Einrichtungen, aber auch  
174 Wirtschaftseinrichtungen, wie Arztpraxen, Nahversorgung, Bankfilialen usw. werden von  
175 uns gemäß Ihrer Bedeutung und Rolle für die Gemeinschaft unterstützt.

176 Vieles vom Allgemeingut der technischen Infrastruktur, wie Wasser-, Abwasser- und  
177 Energieversorgung, Kommunikation- und Verkehrsinfrastruktur, wurde im Zuge  
178 neoliberaler Wirtschaftsentwicklungen teilweise oder dauerhaft in privatwirtschaftliche  
179 Hände gelegt, oft nicht zum Nutzen der Gemeinschaft.

180 Wir lehnen privatwirtschaftlich betriebene Infrastruktur nicht grundlegend ab. Wir werden  
181 jedoch in besonderem Maße darauf achten, dass nicht einfach die Gewinne privatisiert  
182 werden, die Risiken jedoch bei der Allgemeinheit verbleiben. Wir unterstützen daher  
183 Konzepte, die es der öffentlichen Hand ermöglichen, Konzessionen solide fachlich zu  
184 initiieren, die privatwirtschaftlichen Aktivitäten zu kontrollieren oder sich ggf. selbst als  
185 Unternehmer zu betätigen.

186 Eine Energiewende, ob für den Verkehrs-, Strom- oder Wärmesektor, die die  
187 Ressourcenbeschaffung in andere Länder/Kontinente verschiebt und sich damit aus der  
188 Verantwortung der sicher und sauber beschafften Mittel entzieht, steht dem  
189 Gemeinwohlgedanken entschieden entgegen und ist damit strikt abzulehnen. Es ist dafür  
190 zu sorgen, dass allen Menschen saubere, gefährdungsvermeidende und verlässliche  
191 Energie zur Verfügung steht. Mensch und Umwelt müssen bei der Entwicklung und  
192 Verwirklichung im Zentrum stehen.

## 193 **11 Forschung und Entwicklung**

194 Wir setzen uns für eine freie Forschung ein, wobei Grundlagenforschung als Staatsaufgabe  
195 anzusehen und entsprechend zu fördern ist. Bei der Umsetzung muss jedoch stets die  
196 Risikoanalyse für Mensch und Umwelt wie auch der Gesamtnutzen für das Gemeinwohl als

197 das entscheidende Kriterium für eine mögliche Forschungsförderung herangezogen  
198 werden.

199 Patente aus geförderter Forschung sind grundsätzlich der Allgemeinheit zur Verfügung zu  
200 stellen. Patente aus nicht geförderter Forschung sind für ein angemessenes Nutzungsrecht  
201 gleichfalls der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Bestehender Patentschutz wird von uns  
202 selbstverständlich geachtet.

## 203 **12 Einwanderung und Integration**

204 Menschen, die in ihrem Land aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt, mit dem  
205 Tode oder mit Freiheitsentzug bedroht werden, muss grundsätzlich Asyl gewährt werden.

206 Kriegsflüchtlingen wollen wir subsidiären Schutz für die notwendige Dauer ihres  
207 Aufenthalts gewähren. Für sie sollen die gleichen Rechte und Pflichten im Sinne des  
208 Gemeinwohls – das Wahlrecht ausgenommen – gelten wie für alle anderen Bürger.

209 Wir stehen für eine Einwanderungspolitik, die transparenten Regeln folgt und von der  
210 Mehrheit der Bürger getragen wird. Integration ist für uns dabei die wesentliche  
211 Voraussetzung für ein zukünftiges gutes Miteinander.

212 Ungeregelte, illegale Einwanderung leistet Lohndumping und Sozialneid Vorschub.  
213 Deswegen verfolgen wir eine Politik, die dem Gemeinwohl auch in den Herkunftsländern  
214 dient.

215 Wirtschaftlich und gesellschaftlich anzustreben ist die Kooperation mit allen Ländern.  
216 Fluchtursachen, sowohl vor kriegerischen Auseinandersetzungen als auch vor Armut,  
217 stellen wir uns entgegen. Dazu wollen wir einen weltweiten fairen Handel etablieren, den  
218 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau in den Ländern, wenn von dort gewünscht,  
219 unterstützen. Wir ermöglichen keine direkte oder indirekte Beteiligung an jedweder  
220 kriegerischen Auseinandersetzung und werden jegliche ungefragte Einmischung in die  
221 Angelegenheiten anderer Länder ächten.

## 222 **13 Außen- und Sicherheitspolitik**

223 Freier Handel zu Paritätspreisen muss Beziehungsgrundlage aller Länder untereinander  
224 sein, um den jeweiligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ansprüchen dort gerecht  
225 werden zu können. Handelsrechte und -gesetze sind entsprechend zu formulieren.  
226 Marktfreiheit muss demokratischen, gemeinwohlorientierten Prinzipien entsprechen und  
227 idealerweise weltweit reguliert werden.

228 Die Prämisse der Kooperation aller Länder verbietet militärische Interventionen jeglicher  
229 Art. Wir wollen, dass die deutsche Sicherheitspolitik allein auf die Verteidigung unseres  
230 Bundesgebietes ausgerichtet ist. Dabei werden wir grundsätzlich die Mitgliedschaft in der  
231 NATO in Frage stellen, da diese seit dem Ende der deutschen Teilung kein

232 Verteidigungsbündnis mehr ist und zunehmend friedliche Beziehungen zu anderen Ländern  
233 gefährdet.

234 Wir stehen für ein geeintes Europa im Sinne der Kooperation aller Länder. Mit Hilfe von  
235 Verträgen und gemeinsamen Beschlüssen einzelner oder vieler bis aller europäischen  
236 Länder ist gemeinsames Handeln und gegenseitige Unterstützung auf vielen Gebieten  
237 anzustreben. Bündnisse und Mitgliedschaften sollten in regelmäßigen Abständen überprüft  
238 werden, ob sie dem Gemeinwohl noch dienlich sind.

239 Die Einführung des Euro als europäische Währung unter Verantwortung der Europäischen  
240 Zentralbank hat deutlich gezeigt, dass ein einheitliches Währungssystem nicht nur von  
241 Vorteil ist, insbesondere nicht für die wirtschaftlich schwächeren Länder. Jedes Land muss  
242 sein Recht auf die eigene Währung mit den damit verbundenen Regulierungsmöglichkeiten  
243 für seine nationale Wirtschaft grundsätzlich zurückerhalten.

244 Unsere Ziele sind erreicht, wenn:

- 245 - die **persönliche Freiheit des Einzelnen** gewährleistet ist,
- 246 - die **Bürokratie** auf ein sinnvolles Minimum **reduziert** werden konnte,
- 247 - das Kultur- und Bildungssystem die **freie geistige Entfaltung** ermöglicht,
- 248 - unser Rechtssystem die **tatsächliche Gleichheit vor dem Recht** sicherstellt und
- 249 - die Bürger in unserem Land in einem gesunden **Gleichgewicht** zwischen **Wirtschaft,**  
250 **Sozialem** und **Umwelt miteinander** leben können.

251 Wir wissen, dass es ein längerer, aber auch bereichernder Weg sein wird, eine  
252 basisdemokratische Gesellschaft aufzubauen. Wir vertrauen in die geistigen und sozialen  
253 Fähigkeiten des Menschen, diese Gesellschaftsform zu erreichen und zu erhalten.